

lich in liberalen Besitz übergeht, ist das des 14. städt. Wahlkreises (Hohenstein-Ernstthal), Rimbach) zu nennen, bisher durch den Fabrikbesitzer Rittberger vertreten. Hier stehen 48 nationalliberale Wahlmänner 21 konservativen gegenüber, und nur 2 Radikale haben stattgefunden. Dazu kommen 31 sozialdemokratische Wahlmänner.

Die Konservativen behalten sicher den 34. ländl. Wahlkreis (Böhlitz, Marienberg, Röhwein), ebenso den 4. städt. Wahlkreis (Hohenstein, Königstein, Reustadt, Birna, Schandau), ferner Burgen (8. städt. Wahlkreis), Ehrenfriedersdorf-Pröbischitz, Neusalza-Schirgiswalde (6. ländl. Wahlkreis), Kamenz-Königsbrunn (8. ländl. Wahlkreis), Altenberg-Tippoldswalde (13. ländl. Wahlkreis), Wilsdruff, Rössen (17. ländl. Wahlkreis), Leisnig-Mügeln-Döbeln (26. ländl. Wahlkreis), Mittweida-Colditz (28. ländl. Wahlkreis), St. Egidien-Oberlungwitz (38. ländl. Wahlkreis), Reme, Meerane, Lengefeld (39. ländl. Wahlkreis) — zum guten Teil Wahlkreise, in denen ein liberaler Kandidat nicht aufgestellt war. Man hatte sich von liberaler Seite in erster Linie auf den Kampf in städtischen Wahlkreisen konzentriert.

Was die Freisinnigen betrifft, so werden sie zu dem einen Mandat, das sie bis jetzt inne haben, noch das Zweite erhalten. Die Reformpartei dagegen hat weder im 6. städtischen noch im 25. ländlichen Wahlkreise irgendwelchen Erfolg erzielt.

Die Liberalen sind trotzdem, daß ihnen der Wahlkreis Dresden V verloren geht. Sie haben nur 16 Wahlmänner für ihren Kandidaten Dr. Voge aufbringen können, während der konservative Kunath 54 auf sich vereinigte. Da die Sozialdemokraten 42 Wahlmänner errangen, so kommt Raden mit Kunath in die Stichwahl, wobei die Nationalliberalen zugunsten des letzteren den Ausschlag geben werden. Auch Leipzig III vermochten sie nicht zu erobern, da den 48 Wahlmännern für den konservativen Enke gar nur 21 nationalliberale gegenüberstehen. Eine solche Niederlage hatten die Liberalen nicht erwartet.

Die Stärkerverhältnisse in der 2. Ständekammer blieben also ziemlich unverändert; die Liberalen werden vier Mann stärker sein. Daß sie keine größeren Siege erfochten, schreiben sie dem Mangel an Organisation zu. Und dieser Fehler resultiert aus der Kartellwirtschaft. — Ein ganz besonderes Symptom zeigte die Wahl in Freiberg. Dort trat großsprecherisch die sogenannte Mittelstandspartei auf den Plan. Sie hob den Reformen Ahlhelm auf den Schild. Die konservative Partei und der Evangelische Bund mochten für ihn Neklame. Trotzdem erlitt der unter der Flagge einer agrarisch gefärbten Mittelstandspartei stehende Kandidat eine Niederlage; er erhielt keinen einzigen Wahlmann. Die Mittelstandsvereine hatten kein Glück. Sie ist zunächst eine Abgabe von allen höheren idealen Bestrebungen und eine einseitige Interessentypologie. Einseitige wirtschaftliche Interessengruppen werden aber mit ihren Forderungen immer unterliegen, da sie die Vertreter der Interessen anderer Gruppen gegen sich zum Kampf anrufen. Wenn die konservative Partei ein einseitig agrarisches Interesse vertreten wird, so würde der Liberalismus bald Sabotage in der Hand sein. Einmal behält die konservative Partei noch die laudable Zweidrittelmehrheit. Die Landtagswahl war insofern von Wichtigkeit, weil sich die beiden Parteien einmal messen konnten, nachdem sie bisher stets im Kartell gemeinsam gegen die Sozialdemokraten marschierten. Es ist notwendig, daß sie auf selbständigen Füßen zu gehen bei Zeiten geübt werden, da nur auf diese Weise der alte Schlandrian in der Organisation ein Ende hat. Der Entscheidungskampf mit der Umsturzpartei bleibt ihnen nicht aus. Wer seinen Anhang nicht geküßt hat, wird dann die Unterlassung bitter bereuen. Das wäre aber im Interesse der staatserbaltenden Elemente tief zu bedauern.

Politische Rundschau.

Dresden, den 19. September 1906.

— Aus dem Präsidium des Deutschen Flottenvereins sind, wie die Welt. Neueit. Nachr. aus München erfahren, Freiherr v. Würzburg und Generalkonstul v. Oldenbourg ausgeschieden. Dieser Austritt kommt uns nicht überraschend; man hat seinerzeit Freiherrn v. Würzburg als jenen bezeichnet, der auf den Kaiser eingewirkt habe, damit dieser sein bekanntes Telegramm an den Flottenverein absende.

die Zivilisation überhaupt. Mit keinem Atemzug wird aber bei dieser Auslegung verraten, daß es sich ausdrücklich um den modernen Liberalismus handelt, der sich zum Träger einer ausgesprochen antikirchlichen Anschauung erniedrigt hat und in ödster Kulturkämpferei sein Ideal sieht, daß es sich handelt um einen Fortschritt und eine moderne Kultur mit ausdrücklich antikirchlicher Spitze. Und doch will die Verurteilung eben diese und nur diese antikirchliche und antikristliche Richtung des Liberalismus treffen und zwar weil und inwiefern sie antikirchlich und antikristlich ist. Daran aber eine Kulturfeindlichkeit der Kirche bezuziehen wollen, kann nur der, welcher die tatsächliche Kulturarbeit der Kirche nicht kennt oder kennen will und absichtlich totschweigt.

Zugleich hat Herr Professor Dr. Goeb geplatzt, gegen die ihm von seiner partei gewordenen Kritik protestieren zu sollen und er tut das (Möln. Ztg. 1906 Nr. 946 vom 11. September), indem er einfach die scharfen Urteile seines zusammenstellt, aber wohlweislich den Zusammenhang wegläßt, in welchem diese Urteile gegeben werden. Es ist ja dann so billig, über das Schimpfen der bösen Ultramontanen zu raisonnieren! So zitiert Goeb S. IV, wo seiner keinen Stil entschuldigend eine „gewisse Schärfe“ nenne. Warum zitiert er nicht ganz, was der Verfasser dort schreibt: „Wenn ich mit einer gewissen Schärfe dessen antikirchlichen Verdächtigungen und Unterstellungen zurückgewiesen, so hat sich das Herr Goeb durch seine maßlosen offenen und versteckten Angriffe auf die katholische Kirche, die er unter der Maske des „Ultramontanismus“ bekämpft, selbst zuzuschreiben.“ Ja glaubt denn Herr Professor Goeb für seine Denunziationen katholischer Professoren, als er ihnen ihre Schüler in staatsfeindlicher Besinnung, der katholischen Beamten, Juristen, Offiziere, als seien sie unsichere Kantontisten, noch mit hohen Lobspriechen traktiert zu werden?

Nachdem alles nur ein „Mißverständnis“ war, zog Freiherr v. Würzburg die Konsequenz und trat aus.

— Die neuen Generaloberste. Mit der Ernennung des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen und des Erbprinzen von Baden zu Generalobersten sind 2 Fälle eingetreten, welche in der preussischen Armee noch niemals vorgekommen sein dürften. Zunächst der Fall, daß Vater und Sohn dieselbe hohe Charge eines Generalobersten bekleiden. Der Großherzog Friedrich von Baden ist seit dem 25. Juni 1888 Generaloberst. Was die Ernennung des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen zu Generalobersten betrifft, so haben wir hier den ebenfalls so seltenen Fall, daß der Sohn den Vater im Kommando überholt hat, denn Herzog Georg von Sachsen-Meiningen ist seit dem 22. März 1868 General der Infanterie.

— Zum Falle Bachstein schreibt das Organ des Evangelischen Bundes, die Tägliche Rundschau, über die Rückweisung des Falles Bachstein zur nochmaligen Verhandlung an die Berufungsinstantz durch das Reichsamt für die Justiz: „Auf das Welt macht das Dekret der nun dreimal freigesprochenen Pfarrers Bachstein von einem Gerichtshof zum andern einen widerwärtigen, erbitternden Eindruck. Man wird die Vorstellung nicht los. Der Jude soll und muß verbrannt werden ad majorem ecclesiae gloriam und wenn der berückelte dolus eventualis genügt, wird er verurteilt. Wann findet sich endlich der Gerichtshof, der dem armen, unabhängigen, rechtschaffenen die Rute gibt und den zentrumsverhafteten Pfarrer verurteilt? Besäufnisse der katholischen Kirche sollen also nach Ansicht des genannten Blattes unbestraft bleiben aus dem „einfachen“ Grunde, weil man das auf protestantischer Seite nicht für erwünscht hält. Bekanntlich kümmert sich die Reichsjustiz nicht um derartige konfessionelle Differenzen, aber es ist ein testimonium paupertatis für ein Blatt, das es fast genommen sein will.“

— Die Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte in Preußen hat durch Geheimrat Secht eine Prüfung ihrer letzten Bilanz aufnehmen lassen, da nicht alles ganz stimmte. Geheimrat Secht erstattet jetzt sein Gutachten und kommt zu einem Resultate, das die Situation der Gesellschaft in einem noch weit ungünstigeren Lichte erscheinen läßt, als erwartet werden konnte. Während die Direktion der Vermögensverwaltungsstelle eine Bilanz aufgestellt hatte, die mit einem Ueberschuß von 178 000 Mark abschloß, der im wesentlichen zu Abschreibungen und Rückstellungen Verwendung finden sollte, kommt Geheimrat Secht zu dem Resultate, daß Abschreibungen und Reservestellungen in Höhe von zwei Millionen erforderlich seien, das heißt, daß von dem Aktienkapital von drei Millionen Mark zunächst zwei Millionen Mark als verloren, bezw. gefährdet anzusehen sind. Die Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte ist, wie ihr Titel besagt, zu dem Zwecke ins Leben gerufen worden, die finanziellen Interessen von Offizieren und Beamten zu fördern. Eine Zeitung wurde auch an diesem Programm festgehalten. Seit dem Jahre 1901 ist aber in der Geschäftspraxis des Instituts eine tiefgehende und Verlust bringende Wandlung eingetreten. Von diesem Augenblicke an ließ sich die Bank in industrielle Engagements ein, und aus diesem resultieren in der Hauptsache die großen Verluste, die jetzt in ihrer ganzen Ausdehnung an das Licht der Öffentlichkeit gezogen werden. Dabei wird als der Hauptschuldige der frühere Direktor Scheidel anzusehen sein. Aber auch dem jetzigen Direktor Solman werden scharfe Vorwürfe nicht erspart bleiben können. Er ist im Jahre 1901 in die Vermögensverwaltungsstelle als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Und wenn auch die Anfänge der Verquickung mit zweifelhaften Industrieunternehmen weiter zurückliegen, so hätte doch der jetzige Leiter Gelegenheit gehabt, früher die Prüden mit zweifelhaften Industrieunternehmen abzubauen, zum mindesten aber für eine sofortige Klarstellung der Verhältnisse zu sorgen. Statt dessen sind mehr als drei Jahre vergangen, ohne daß sich die Direktion zur Vornahme einigermaßen ausreichender Abschreibungen bequemt hätte. Im Gegenteil, sie hat Dividenden verteilt! Am 18. September findet die außerordentliche Generalversammlung statt. Auf dieser wurde nach längerer Debatte eine Revisionskommission zur Prüfung der Bilanz gewählt, bestehend aus Rechtsanwalt Ahmann und Marinezahlmeister a. D. Gronemann. Gegen diesen Beschluß gab Justizrat Stern Protest zu Protokoll.

— Ueber eine Verständigung zwischen Polen und Zentrum in Oberschlesien wird von einem Rattowitzer Blatt eine seltsam klingende Nachricht verbreitet, die aber nicht ganz unsubstantiiert sein kann, da das Blatt die Namen angeführter Führer beider Parteien, die an dieser Konferenz teilgenommen haben, nennt. Danach soll in einer von 60 angesehenen ober-schlesischen Geistlichen beauftragten Konferenz zwischen Polen und Zentrum eine politische Vereinbarung auf der Basis getroffen worden sein, daß beide Parteien sich in die ober-schlesischen Reichstags- und Landtagsmandate zur Hälfte teilen und daß die Abgeordneten der Polen, die eine besondere polnisch-katholische Zentrumsorganisation bilden sollen, den parlamentarischen Zentrumsfraktionen beitreten. An der Konferenz hat u. a. der jetzt gegen Konstanty-Deuthen aufgestellte Pfarrer Kapiya-Tichau teilgenommen. Der Hauptvertrauensmann der ober-schlesischen Polen Kapteralski, hat allerdings eine für die Polen bindende Erklärung noch nicht abgegeben können, hat aber für seine Person den Vorschlag mit Freuden akzeptiert. Hoffen wir auf eine Verständigung!

— Zu dem Proteste sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gegen die Hinrichtung von Rasprok erzählt die Tägliche Rundschau folgendes: Das deutsche Generalkonsulat in Warschau hat festgestellt, daß der Generalgouverneur von Warschau nach russischem Recht gesetzmäßig gehandelt hat, wenn er den mehrfachen Mörder hinrichten ließ, denn das russische Strafrecht schreibt vor, daß die rechtlichen Konsequenzen des Belagerungszustandes sich auch auf solche Kriminalfälle erstrecken, deren Verfolgung vor Erklärung des Belagerungszustandes begonnen hat. Es erklärt es sich auch, daß weder Rasprok selbst, noch seine Verteidiger einen Protest gegen dieses Verfahren erhoben haben. Ob der Generalgouverneur berechtigt war, die Weitergabe des

Rassationsgesuchs des Verurteilten abzulehnen, steht nicht mit gleicher Sicherheit fest. Nur so viel konnte ermittelt werden, daß es gesetzliche Bestimmungen hierüber nicht gibt, daß sich vielmehr eine Art Gewohnheitsrecht herausgebildet hat, so zwar, daß der Gouverneur hierin nach diskretionärem Ermessen verfahren konnte. Obgleich auf diesen Punkt erstreckten sich die zwischen beiden Staaten eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen.

— Eine grobe Taktlosigkeit gegen die bayrischen Katholiken finden wir in Nr. 214 des „Reichsboten“ vom 10. September 1905. Das konservative Blatt befaßt sich da mit der künftigen Tagung des bayrischen Landtages und schreibt dabei: „Die Religion ist für den Ultramontanismus Nebenache. In erster Linie gilt es, durch eine ultramontane Umgebung des Regenten auch politischen Einfluß zu gewinnen. Der Gefahr einer solchen Bearbeitung will der Regent, dieses Muster eines wirklich toleranten Fürsten, nicht ausgesetzt sein. Darum wählt er sich Protestanten, zumal ihm aus der Geschichte seines Hauses bekannt ist, welches Unheil ultramontane und jesuitische Hofleute über Krone und Land gebracht haben.“ Vor einigen Monaten war es die „Wartburg“, welche die Treue der bayrischen Katholiken gegenüber ihrem angestammten Fürstenhause zu verdächtigen suchte. Heute schlägt das Berliner Vorkommnis in dieselbe Kerbe. Wir lehnen es ab, die bayrischen Katholiken gegen solche unerhörte frivole Vorwürfe zu verteidigen. Ihre Treue steht zu hoch, als daß professionsmäßige Katholikenbeter sie verdächtigen könnten. Wir führen die Sache nur an als Probe dafür, in welcher unverantwortlicher Weise auf protestantischer Seite die Hebe gegen die Katholiken getrieben wird, und mit welcher häßlichen Mitteln die Protestanten gegen die Katholiken aufgeschodert werden.“

Oesterreich-Ungarn.

— Der christlich-soziale Parteitag, der am Sonntag in Eggenburg (Niederösterreich) tagte, war von über 5000 Teilnehmern besucht. Es wurde dabei ein Parteibeschluß gefaßt, der eine scharfe Kundgebung gegen die geübte Regierungspraxis darstellt. Es wird in diesem Parteibeschlusse mit ebler männlicher Offenheit die Meinung des Volkes vor den höchsten Stellen der Staatsgewalt zum Ausdruck gebracht. In diesem Beschlusse wird als Ursache des sich von Tag zu Tag verschlimmernden Mißverhältnisses zur anderen Reichshälfte die „unverantwortliche und grenzenlose Nachgiebigkeit“ genannt, mit welcher seit Jahren die Regierungen Oesterreichs die Interessen unserer Reichshälfte gegenüber einer gewissen übermütigen judomagyarischen Clique preisgegeben.“ Die Bevölkerung erklärt — und hierin befindet sie sich in Uebereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit der Bewohner der anderen Kronländer Oesterreichs — daß sie mit jener Art des Dualismus, durch welchen heute Oesterreich mit Ungarn verbunden ist, durchaus nicht zufrieden sein kann. Darum wünscht sie eine baldige und durchgreifende Abänderung dieses Verhältnisses, betont aber schon jetzt, daß sie sich auch nicht mit einer auf Personalunion beruhenden Schichtenmonarchie, die ja doch nur die Basis für neue staatsrechtliche Schwierigkeiten sein könnte, zufrieden geben würde. — Die Bevölkerung drückt ihre auf das höchste gesteigerte Unzufriedenheit darüber aus, daß maßgebende Faktoren Oesterreichs in arger Verkennung dessen, was unserem Staate zu Ruh und Frommen gereicht, das Allgemeinwohlrechtsprojekt der ungarischen Regierung zu Falle gebracht und auf diese eine wahrhafte Volksvertretung sämtlicher Nationalitäten Ungarns vorbereitet haben, durch welche einzig und allein eine gerechte und billige Verständigung der Völker Oesterreichs mit denjenigen der anderen Reichshälfte möglich geworden wäre. Durch eine derartige Entschädigung der nicht magyarischen Nationalitäten Ungarns werden die in der österreichischen Reichshälfte wohnenden Stammesbrüder derselben in ihren nationalen Gefühlen aufs tiefste verletzt. Sollte es der Regierung Oesterreichs an Kraft oder gutem Willen gebrechen, dem altbewährten Habsburgerreiche dadurch Bestand und neue Blüte zu sichern, indem sie es anbahnt, daß an Stelle der heutigen morschen Staatsform das Reich auf geeinter und gefestigter Basis neu begründet werde, so fordert das Volk Niederösterreichs seine Abgeordneten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln künftighin zu verhindern, daß Leistungen welcher Art immer, seitens unserer Reichshälfte für gemeinsame Angelegenheiten erfolgen.“

— Der Usag meldet in einem Wiener Brief, daß in aller Stille die Entwirkung der Lage gelungen, und daß schon am 10. Oktober das neue Koalitionsministerium, mit dem Grafen Andrássy an der Spitze, im Reichstage erscheinen werde. — Gestern in den Abendstunden kam es bei der Einweihung des neuen Ansbolals der Kossuthpartei zu Demonstrationen. Etwa 1000 Sozialisten stürmten gegen das Lokal. Die Polizei schritt mit blauer Waffe ein und nahm acht Verhaftungen vor. Die Demonstrationen der Sozialisten wiederholten sich im Laufe der Nacht. Kossuth und Apponyi konnten nur mit Mühe vor tödlichen Insulten bewahrt bleiben. Sie mußten unter scharfer Bedeckung in ihre Wohnung gebracht werden.

— Die erste Beratung des Arbeiterversicherungs-Kongresses fand am 18. d. M. in Wien statt. Die Referate galten ausschließlich der Entwicklung der Arbeiterversicherung seit dem Pariser Kongreß im Jahre 1889. worüber Redner mehrerer Länder und für Deutschland Dr. Wöbber referierten.

— Wie die „Wiener Abendpost“ meldet ist ganz Oesterreich cholerafrei.

Italien.

— Infolge eines starken Erdstößes stürzten am 18. d. M. mehrere Häuser in Seigliano, Nise und anderen Orten ein. Es ist jedoch niemand verletzt. In San Pietro ereignete sich ein Erdstöß während des Besuchs des Ministers Ferraris. Die erdbebte Bevölkerung floh. In Macifaus fand ein großer Erdstöß statt. Dabei stürzte ein Berg ins Tal hinab. Mehrere Gebäude wurden zerstört. In Gambrova (Bezirk Monteleone) wurde ein Bauer, der vor 9 Tagen verhaftet wurde, noch lebend ans Tageslicht befördert. In Stromboli dauert der Ausbruch fort.

— Präsidenten Loubet kassierte 25 000 Franc zur Unterhaltung der Opfer des Erdbebens. Der Sultan spendete 25 000 Franc.